

verdi beim RBB  
Flugblatt Februar 2006

## Umverteilung von unten nach oben - auch im RBB

(Berlin/Potsdam, 3. November 2005) Vergangene Woche teilte die Geschäftsleitung des rbb im Intranet mit, die Vergütungen von 19 HauptabteilungsleiterInnen in Außertarifliche Verträge (AT) umzuwandeln. Das heißt: Fixes Grundgehalt über A9 (circa 7.600 Euro) plus leistungsabhängige Elemente. Mehrkosten für den rbb pro Jahr: rund 300.000 Euro! „Uns ist bewusst“, so die Vertreter der Geschäftsleitung, dass dies „eine Gerechtigkeits-debatte auslösen kann.“

Zu Recht! ver.di protestiert dagegen, die Gehälter der Führungskräfte um bis zu 40% zu erhöhen, wenn auf der anderen Seite im Rahmen des Projektes rbb 2009 beim Programm gespart und den Kolleginnen und Kollegen eine Vielzahl von Opfern abverlangt wird. Etwa:

- Angleichung der Ex-ORB-Gehälter erst in zwei Jahren
- Weniger Beschäftigung und Aufträge für Freie und damit Verdiensteinbußen
- Feilschen der Geschäftsleitung bei den Tarifverhandlungen um Zehntelprozente (u.a. Familienzuschläge nicht mehr an der Tarifierhöhung beteiligt)
- Praktikantenvergütungen ersatzlos gestrichen
- Aushilfsetats gekürzt

Auch das vom rbb genannte Leistungskriterium ist für ver.di nicht akzeptabel. Die HauptabteilungsleiterInnen „stehen in erheblich größerem Umfang in der Pflicht, Entscheidungen der Geschäftsleitung umzusetzen“, so die Geschäftsleitung. Dieses Vergütungsmodell soll nach den Vorstellungen der Geschäftsleitung Grundlage sein für Verhandlungen mit den Gewerkschaften über eine neue stärker leistungsbezogene Vergütungsstruktur für alle Mitarbeiter.

ver.di stellt klar:

- Eine Vergütungsstruktur, die Gehaltserhöhungen abhängig macht vom Wohlverhalten gegenüber Vorgesetzten, ist unakzeptabel.
- Leistungszulagen für Wenige, die vom Großteil der Mitarbeiter gegenfinanziert werden, lehnen wir ab.
- und schließlich: eine Vergütungsstruktur, die den innerbetrieblichen sozialen Frieden gefährdet, ist mit uns nicht zu verhandeln.

Das Programm und die Programmqualität entstehen durch die Leistung aller Beschäftigten.

Quelle:

[http://www.rundfunkfreiheit.de/meldung\\_volltext.php3?si=4479dc0288508&id=43fc4cd638199&akt=sender\\_rbb\\_news\\_archiv&view=&lang=1](http://www.rundfunkfreiheit.de/meldung_volltext.php3?si=4479dc0288508&id=43fc4cd638199&akt=sender_rbb_news_archiv&view=&lang=1)

aus der Textsammlung des GANZEN Werks

Eine Beispielrechnung: Wenn die „Mehrkosten“ für alle 19 Hauptabteilungsleiter jährlich 300.000 Euro betragen, dann erhöht sich das Gehalt **für einen Hauptabteilungsleiter im Durchschnitt** um 15.789 Euro jährlich oder **um 1.316 Euro monatlich**. Eine schöne Gehaltserhöhung dafür, „in erheblich größerem Umfang in der Pflicht (zu stehen), Entscheidungen der Geschäftsleitung umzusetzen“.